

Welchen Beitrag kann die Finanzpolitik zur Lösung der Krise in Europa leisten?

Dieter Vesper

Das Problem

Seit nahezu einem Jahrzehnt kämpft Europa mit massiven wirtschaftlichen Problemen. Zuletzt sind zwar Aufhellungen im Konjunkturbild erkennbar. Ob sich die Lage durchgreifend verbessert, ist offen. Nach wie vor belasten erhebliche wirtschaftliche Ungleichgewichte die Entwicklung. Als problematisch angesehen werden insbesondere die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse, zumal sie im Widerspruch zu den Zielvorgaben stehen, wie sie im Makroökonomischen Überwachungsverfahren der Europäischen Union formuliert sind.

In der deutschen Diskussion bleibt die gesamtwirtschaftliche Problematik der hohen Außenhandelsüberschüsse weitgehend ausgeblendet. Hierzulande wird die europäische Krise vor allem als Staatsschuldenkrise wahrgenommen. Austeritätspolitik wird als geeigneter Weg angesehen, die Staatsverschuldung in den Krisenländern zurückzuführen: Durch die Inkaufnahme einer Anpassungsrezession sollen dort die Importe deutlich verringert werden, während sinkende Löhne und Abgaben die internationale Wettbewerbs- und Exportfähigkeit dieser Länder verbessern sollen. Die Gefahr, dass dies dem Versuch gleichkommt, mit einem Sieb Wasser schöpfen zu wollen, wird ignoriert. Doch gerade hierzu ist es gekommen – wenn die europäische Wirtschaft lahmst, so ist dies in erster Linie auf mangelnde Nachfrage zurückzuführen. Deshalb mehren sich die Stimmen, die europaweit eine aktivere Finanzpolitik fordern: Marktsysteme besäßen keine hinreichenden Mechanismen, Krisen rasch aus eigener Kraft zu überwinden. Vielmehr müsse ein externer Akteur – die Politik – eingreifen. Deutschland käme aufgrund seiner herausgehobenen Stellung eine Lokomotivfunktion zu.



Dr. Dieter Vesper
Wirtschaftswissenschaftler, Berlin

Will man einen Versuch starten, die europäische Wirtschaftskrise zu verstehen und mögliche politische Handlungsweisen auszuloten, so wird man sich zunächst mit den Ursachen der Krise näher beschäftigen müssen. Handelt es sich tatsächlich nur um eine Staatsschuldenkrise oder sind die Krisenursachen komplexerer Natur? Haben sich die Akteure an die Spielregeln des neuen Regimes, der Europäischen Währungsunion, angepasst oder werden die Regeln missachtet? Wirken sich finanzpolitische Entscheidungen stärker auf realwirtschaftliche Vorgänge aus als vom Mainstream der Politikberatung unterstellt wird? Welche Handlungsoptionen lassen sich für die Politik auf den verschiedenen Ebenen – Eurozone, Bund, Länder und Gemeinden – ableiten?

Lohn- und Finanzpolitik nach Einführung der Währungsunion

Seit Jahren verharrt die europäische Wirtschaft im Krisenmodus. Auch 2016 ist es nicht gelungen, auf einen Pfad nachhaltigen Aufschwungs einzuschwenken, und dies, obwohl eine unorthodoxe Geldpolitik schon seit Jahren ihre Schleusen geöffnet hat und sie mittlerweile am Ende ihrer konventionellen Möglichkeiten angelangt ist. Der Investitionsmotor will nicht anspringen. Selbst in Deutschland, das wirtschaftlich am besten in Europa dasteht, bleibt die Investitionstätigkeit – der Kern jeden Wachstums – verhalten. Kann unter diesen Umständen das deutsche Wachstumsmodell wirklich als Blaupause für Europas Genesung fungieren?

Nach Einführung des Euro gründete sich die deutsche Wirtschaftspolitik auf zwei Elemente. Zum einen auf eine Lohnpolitik, die darauf zielte, die Lohnkosten zu senken, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhöhen. Dies ist nachhaltig gelungen, die Leistungsbilanzüberschüsse belaufen sich auf 8% des nominalen Bruttoinlandsproduktes (BIP). Über Jahre blieb die Entwicklung der nominalen Arbeitnehmerinkommen deutlich hinter dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg zurück, was für die Wirtschaft außenwirtschaftlich faktisch eine realen Abwertung gleichkam und eine größere preisliche Wettbewerbsfähigkeit bedeutete.¹ Doch konnten die gestiegenen Exporte die Wirkung der stagnierenden Binnen Nachfrage nicht ausgleichen. Trotz Rekordgewinnen (und umfangreicher Steuerentlastungen) sprang der Investitionsmotor nicht an. Statt in Maschinen und Anlagen (Realkapital) legten die Unternehmen ihre überschüssigen Mittel auf den Finanzmärkten an, weil sie dort kurzfristig höhere Renditen erzielen konnten.

Das zweite Element war die Finanzpolitik. Das europäische Schuldenregime erforderte die Einhaltung von Schuldenregeln, insbesondere eine Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung (Defizitgrenze). Doch traten in Deutschland umfangreiche Steuersenkungen in Kraft, die in erster Linie Unternehmen und höhere Einkommensbezieher (mit relativ hoher Spar- und entsprechend niedriger Konsumquote) begünstigten. Die „Gegenfinanzierung“ erfolgte via heftiger Ausgabenkürzungen und einer drastischen Erhöhung der Mehrwertsteuersätze. Dabei ließ sich die Politik von der Vorstellung leiten, mehr Geld in den Händen der einkommens- und leistungsstärkeren Menschen fördere das Wachstum. Im Ergebnis zeigte sich, dass die vermehrten Ersparnisse nicht mehr Investitionen in der Realwirtschaft nach sich zogen, vielmehr die schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage das Wachstum bremste. Damit verschlechterten sich auch die Absatzmöglichkeiten ausländischer Unternehmen auf den deutschen Märkten. Spiegelbildlich zu Deutschland mussten viele Euroländer einen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, zunehmende Handelsdefizite und eine